

## **1 JUGEND UND POLITIK**

### **Frage**

Wie steht Ihre Partei zur Absenkung des Wahlalters? Würden Sie einen erneuten Versuch, das Wahlrecht entsprechend zu ändern, unterstützen?

### **Antwort**

Kinder, Jugendliche und Familien stehen im Zentrum grüner Politik. Wir werden selbstverständlich einen erneuten Anlauf starten, das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 zu senken. Derzeit sind Kinder und Jugendliche im Vergleich zur Gesamtheit der Wahlberechtigten deutlich unterrepräsentiert, deshalb ist die Senkung des Wahlalters nur ein erster, aber dringend notwendiger, Schritt für mehr Generationengerechtigkeit. Bei Kommunalwahlen hat es sich bewährt, dass 16- und 17jährige wählen. Deshalb ist es völlig unverständlich, dass Jugendliche beispielsweise die Oberbürgermeisterin von Köln wählen dürfen, aber nicht Abgeordnete des Landtags. Frühes wählen stärkt die Demokratie von morgen und steigert die Wahlbeteiligung bei künftigen Wahlen, dies wurde durch eine Studie der Bertelsmann-Stiftung bestätigt. Wenn das aktive Wahlrecht erst mit dem 18. Geburtstag beginnt und die letzte Landtagswahl gerade vorbei ist, ist die nächste Möglichkeit die Stimmen für den Landtag abzugeben, erst kurz vor dem 23. Geburtstag – das ist eindeutig zu spät! Außerdem rücken Jugendliche mit einem früheren Wahlrecht mehr in den Fokus der Landespolitik. Wir werden uns weiter deutlich für eine Absenkung des Wahlalters einsetzen!

### **Frage**

Was hält Ihre Partei von einer „einmischenden Jugendpolitik“, die die Bedürfnisse und Interessen junger Menschen in Politik und Verwaltung stärker berücksichtigt – und zwar in allen Ressorts? Wie würden Sie dieses Anliegen voranbringen?

### **Antwort**

Es gehört zu unserem demokratischen Grundverständnis, Jugendliche zur politischen Teilhabe und zur Mitgestaltung zu befähigen. Der aktuelle Kinder- und Jugendbericht NRW legt dar, dass junge Menschen in unserem Land sehr politisch und engagiert sind. Auch wenn die Beteiligungsmöglichkeiten der Jugendlichen in den letzten Jahren ausgebaut wurden, möchten wir die Beteiligungsrechte in Nordrhein-Westfalen verbessern. Die entsprechenden Infrastrukturen wollen wir noch stärker fördern und mehr Personal einstellen. Konkret

bedeutet das die Stärkung der Offenen Jugendarbeit, der Jugendverbände, der Jugendbildungsstätten, der Freiwilligendienste, der Kulturellen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, die einen wichtigen Beitrag zum Demokratieverständnis und gesellschaftlichen Engagement leisten. Wir haben das Fördervolumen des Jugendförderplans bereits auf 109 Mio. € erhöht und wollen dieses noch einmal um 20 Millionen € in der nächsten Legislaturperiode aufstocken. Jugendlichen soll aber neben der Beteiligungs- auch eine verbesserte Möglichkeit zur Beschwerde gegeben werden. Deshalb wollen wir die Ombudsstelle NRW in die Regelfinanzierung aufnehmen. Junge Menschen sind vor allem daran interessiert, ihr Umfeld direkt zu beeinflussen. Aus diesem Grund setzen wir uns auch für das Recht auf Beteiligung der Jugend in der Gemeindeordnung ein.

### **Frage**

Ist Ihre Partei bereit, einen sogenannten „Jugendcheck“ zu entwickeln und einzuführen, der die Vorhaben der Landespolitik auf ihre Folgen für junge Menschen überprüft?

### **Antwort**

Ja. Gerade weil Kinder und Jugendliche in der Politik unterrepräsentiert sind, müssen wir den politischen Prozess und die Inhalte stärker nach kindlichen und jugendlichen Interessen ausrichten. Jugendliche müssen länger als die heute Erwachsenen mit den politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Entwicklungen und ökologischen Umbrüchen, die heute initiiert werden, leben. Der Jugendcheck, den wir einführen wollen, soll alle Gesetzesinitiativen auf diese Interessen und die möglichen Folgen für die jüngere Generation prüfen.

### **Frage**

Wird Ihre Partei die Kommunen auch in schwierigen Haushaltssituationen darin unterstützen, Ressourcen für politische Bildung bereit zu stellen, damit junge Menschen ein Verständnis für politische Partizipation entwickeln können?

### **Antwort**

Wir Grüne haben unsere Kommunen seit der Übernahme von Regierungsverantwortung im Jahr 2010 massiv unterstützt, sowohl durch die Auflage des Stärkungspaktes Stadtfinanzen als auch über höhere Mittel durch das Gemeindefinanzierungsgesetz, 40% mehr in nur 7 Jahren. Mittlerweile geht jeder dritte Euro des Landeshaushaltes an unsere Kommunen, so dass statt

138 aktuell nur noch 8 Kommunen unter Nothaushalt stehen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und dabei weiter einen Fokus insbesondere auf notleidende Kommunen legen. Durch den Kinder- und Jugendförderplan wollen wir Projekte verstärkt fördern und ausbauen, die zum Ziel haben, Demokratie, Toleranz, interkulturelle und interreligiöse Kompetenz zu stärken. Durch die Förderung solcher Projekte und den Ausbau von Beteiligungsrechten werden wir das Verständnis für politische Partizipation der jungen Menschen in unserem Land weiterentwickeln.

## **2 BILDUNGSGERECHTIGKEIT**

### **Frage**

Hält Ihre Partei die bestehenden Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche für ausreichend?

### **Antwort**

Obwohl in der Vergangenheit bereits Verbesserungen auf den Weg gebracht wurden, ist das deutsche Schulsystem grundsätzlich noch zu sehr von Sortierung geprägt. Dies verschärft soziale Benachteiligungen. Längeres gemeinsames Lernen wirkt dem entgegen. Wir haben den Ganztag an allen Schulformen bereits stark ausgebaut und auch in die Qualität investiert. Trotzdem bedarf es weiterer Verbesserung. In Zukunft wollen wir das Modell des Ganztags deshalb strukturell weiterentwickeln und ausbauen. Dazu brauchen die Schulen vor allem zusätzliches Personal und eine besseren finanziellen Ausstattung. Das Prinzip der individuellen Förderung soll noch konsequenter angewendet werden, damit jedes Kind entsprechend seiner Fähigkeiten und Talente unterrichtet und gefördert wird.

### **Frage**

Ist mehr Bildungsgerechtigkeit für Ihre Partei eine herausgehobene Aufgabe?

### **Antwort**

Soziale Gerechtigkeit steht für uns im Vordergrund. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit und Bildungsgleichheit ist ein besonderer Schwerpunkt grüner Politik. Es darf keine Rolle spielen, wo ein Kind herkommt wichtig ist nur, wo es hinwill. Wir haben in der Vergangenheit bereits Maßnahmen ergriffen, die die Chancengleichheit bzw. Bildungsgerechtigkeit in Deutschland

verbessern sollen. Dazu gehört die Ermöglichung gleicher Teilhabechancen, indem wir Kindern und Jugendlichen von Beginn an eine gute Infrastruktur zur Verfügung stellen. So haben wir das Konzept der PlusKITA-Einrichtung umgesetzt. Die Kindertageseinrichtungen mit einem hohen Anteil von Kindern, die mehr Förderung benötigen, erhalten mehr Mittel, um zusätzliches Personal einzustellen. Die plusKita-Einrichtungen haben sich sehr bewährt und leisten einen Beitrag dazu, dass wir Kinder von Beginn an gut fördern. Durch das Projekt „Kein Kind zurück lassen“ der Landesregierung fördern wir Präventionsketten, die vorbeugen anstatt im Nachhinein zu heilen. Die gesamte Entwicklung des Kindes wird so in den Blick genommen, um bestmöglich und frühzeitig helfen zu können. „Kein Kind zurücklassen“ ermöglicht gleiche Chancen auf ein gutes Aufwachsen, auf Bildung und auf gesellschaftliche Teilhabe.

Wir haben zudem Wort gehalten und den Jugendförderplan auf 109 Millionen Euro aufgestockt. Die Jugendverbände und Jugendbildungsstätten sowie die Jugendsozialarbeit leisten einen sehr wichtigen Beitrag, wenn es um Teilhabechancen geht. Dazu gehört auch, dass das Land die soziale Arbeit an Schulen mit jährlich 47,7 Millionen Euro sichert und damit eine wichtige Arbeit zur Förderung der Inanspruchnahme von Bildungs- und Teilhabeleistungen ermöglicht. Wir wollen mit Blick nach vorne Chancengleichheit in unserer Gesellschaft weiter sicherstellen und erhöhen.

### **Frage**

Welche Modelle wird Ihre Partei entwickeln, um dieses Ziel umzusetzen?

### **Antwort**

Das Modell Ganztage bietet bessere Möglichkeiten für Schüler\*innen, die aus bildungsfernen Schichten kommen und von zu Hause nicht die Unterstützung erhalten können wie andere. Wir wollen deshalb den Ganztage weiter ausbauen und strukturell weiterentwickeln. Wie bereits beschrieben wollen wir das Prinzip der individuellen Förderung weiter stärken und konsequenter anwenden.

Mit dem Sozialindex ist es möglich, soziale Ungleichheiten bei der Zumessung von Lehrerstellen zu berücksichtigen. Das Instrument wollen wir ausbauen und effizienter machen und mit 2000 zusätzlichen Stellen ausstatten. Das Instrument wollen wir ausbauen und effizienter machen. Schulen brauchen auch multiprofessionelles Personal, das Schulsozialarbeiter\*innen, Schulpsycholog\*innen u. a. unterstützt. Hier ist das Land eingesprungen, als der Bund sich aus der Finanzierung der Schulsozialarbeit ersatzlos und

komplett zurückgezogen hat. Insgesamt geht es um den Aufbau eines inklusiven Schulsystems. Wir haben dazu die ersten Schritte unternommen und die Chancen für Kinder erhöht. Es handelt sich um eine Generationenaufgabe, die weitere Anstrengungen erfordert.

Die Chancengleichheit wollen wir aber auch durch Familienstärkung herstellen. Jedes Kind soll die bestmögliche Förderung erhalten – durch Eltern und Schule – denn nur so können individuelle Stärken erkannt und Talente früh gefördert werden. Dafür finanzieren wir nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ Kitas in strukturschwachen Gebieten stärker, um dem besonderen Förderungsbedarf gerecht zu werden.

### **Frage**

Welche Potenziale sieht Ihre Partei in diesem Kontext in der Jugendarbeit? Wie wollen Sie deren Angebote fördern? Welche Bedeutung haben dabei kommunale Bildungslandschaften und regionale Bildungsnetzwerke?

### **Antwort**

Die Jugendarbeit trägt unserer Ansicht nach dazu bei, Jugendlichen die Chance auf eine bestmögliche Entwicklung zu geben. Auch auf die Umsetzung des Ganztags bezogen leisten die unterschiedlichen Institutionen der Jugendhilfe einen enormen Beitrag. Die Kooperation zwischen Schulen und den Trägern der Jugendhilfe und Kultur wollen wir weiterhin fördern. Dazu wollen wir auch in Zukunft weiterhin mehr Mittel zur Verfügung stellen. Die Arbeit von regionalen Bildungsnetzwerken spielt dabei ebenfalls eine große Rolle. Die Vernetzung zwischen regionalen Bildungsnetzwerken und z. B. Berufskollegs wollen wir ausbauen und eine Einbindung der Weiterbildung in diese Netzwerke fördern.

### **Frage**

Wie will Ihre Partei die Mitwirkungsmöglichkeiten der Kinder-, Jugend- und Jugendsozialarbeit darin verbessern?

### **Antwort**

Wir wollen noch stärker darauf achten, dass die Zusammenarbeit z.B. in Regionalen Bildungslandschaften auf Augenhöhe passiert. Die Jugendhilfe, die beim Offenen Ganztag Partner ist, soll auch in schulischen Gremien mitwirken.

### **3 RECHTSPOPULISMUS**

#### **Frage**

Wie setzt sich Ihre Partei für die Bekämpfung von Rassismus und rechter Gewalt ein? Welche Ressourcen sollen dafür zur Verfügung gestellt werden?

#### **Antwort**

Wir stehen ein für eine vielfältige demokratische Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben können. Für Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus ist in unserer Gesellschaft kein Platz. Deshalb unterstützen wir die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus aktiv.

Seitdem wir im Jahr 2010 in die Landesregierung gekommen sind, haben wir die Präventions- und Interventionsarbeit gegen Rechtsextremismus deutlich gestärkt. Wir haben dafür gesorgt, dass zwei spezialisierte Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt eingerichtet wurden und dass das Land NRW in die Finanzierung der mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus sowie der zivilgesellschaftlichen Aussteigerberatung NinA NRW eingestiegen ist. Die grüne Schulministerin Sylvia Löhrmann hat das wichtige Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage in NRW“ um weitere Stellen aufgestockt. Darüber hinaus hat die Landesregierung das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus in einem Prozess unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft aufgelegt und ein Förderprogramm für kommunale Handlungskonzepte gestartet, das derzeit ca. 2 Millionen Euro umfasst. Dieses wollen wir erhöhen, um in allen Kommunen Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus fördern zu können. Außerdem wollen wir Mittel für ein Aktionsbudget für zivilgesellschaftliche Initiativen bereitstellen. Hieraus sollen niedrigschwellig und unbürokratisch Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus vor Ort unterstützt werden.

Selbstverständlich sind im Kampf gegen Rechtsextremismus auch repressive Maßnahmen notwendig. Hier hat das Land im Jahr 2012 vier gewaltbereite Kameradschaften verboten. Die vier Sonderkommissionen bei der Polizei in Wuppertal, Köln, Dortmund und Aachen, das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus im LKA sowie die „Task Force zu Hasskriminalität im Internet“ wurden eingerichtet, um den Ermittlungsdruck auf die rechtsextreme Szene zu erhöhen.

Darüber hinaus haben wir das Verfassungsschutzgesetz des Landes reformiert. Das im Jahr 2013 verabschiedete Gesetz ermöglicht eine bessere Kontrolle des Verfassungsschutzes durch den Landtag, schreibt Kriterien für den Einsatz von V-Personen fest und fokussiert

nachrichtendienstliche Mittel auf gewaltorientierte Bestrebungen.

Um eine genauere Analyse der politisch motivierten Kriminalität zu bekommen, haben wir uns auf Bundesebene für eine gesonderte Erfassung antimuslimischer Straftaten eingesetzt. Seit Beginn dieses Jahres werden antimuslimische, antiziganistische und christenfeindliche Straftaten gesondert erfasst.

### **Frage**

Wie bewertet Ihre Partei das von der Landesregierung verabschiedete Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus?

### **Antwort**

Wir Grüne haben im rot-grünen Koalitionsvertrag von 2012 die Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus durchgesetzt. Unserer Auffassung nach bietet es eine gute Grundlage für die weitere Arbeit der Landesregierung gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Neben der besseren Koordinierung der bisherigen Maßnahmen und der Identifizierung einer Vielzahl neuer Maßnahmen bietet das Handlungskonzept auch wertvolle Analysen und Erläuterungen zur aktuellen Situation, Entwicklungen und Begriffsbestimmungen in den Themenfeldern Rechtsextremismus und Rassismus. Das Konzept setzt unserer Auffassung nach die richtigen Schwerpunkte, wobei wir insbesondere die Stärkung der Perspektive der Betroffenen, die Sensibilisierung für strukturelle Dimensionen des Rassismus sowie die Förderung der bestehenden Beratungsinfrastruktur als wichtige Elemente der Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus und Rassismus erachten. Daher unterstützen wir das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus der Landesregierung selbstverständlich und wollen dieses zu einem Landesförderprogramm für zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte weiterentwickeln.

### **Frage**

Was tut Ihre Partei konkret, um eine demokratische Kultur zur Abwehr von Diskriminierung zu schaffen? Welche Rolle spielen dabei zivilgesellschaftliche Organisationen?

### **Antwort**

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, die wir Grüne zu unseren Grundsätzen zählen. Wir stehen für eine vielfältige

und demokratische Gesellschaft, in der kein Platz ist Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus. Deshalb stehen wir an der Seite der demokratischen Zivilgesellschaft im Kampf gegen den Rechtsextremismus.

In der nächsten Legislaturperiode wollen wir unsere Arbeit in diesem Themenbereich fortsetzen und werden uns insbesondere für folgende Punkte einsetzen:

- Weiterentwicklung des integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus und das Förderprogramm für die kommunalen Handlungskonzepte hin zu einem Landesförderprogramm für zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, die von landesweiter Bedeutung sind
- Ein Aktionsbudget für zivilgesellschaftliche Initiativen, aus dem niedrigschwellig und unbürokratisch Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus vor Ort unterstützt werden
- Ein Projekt zum Handlungsfeld Rechtsextremismus, Alltagsrassismus und Diskriminierung im Sport
- Ein wissenschaftliches Monitoring zu Rechtsextremismus und Rassismus
- Ein öffentlich zugängliches Archiv zum Thema Rechtsextremismus in NRW zur Unterstützung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft
- Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen des PUA III NSU
- Ein Landesantidiskriminierungsgesetz und eine Landesdiskriminierungsstelle

### **Frage**

Wie kann Antidiskriminierungsarbeit in der Politik zur Querschnittsaufgabe werden?

### **Antwort**

Wir müssen Antidiskriminierung als Querschnittsaufgabe begreifen. Wir wollen, dass Menschen mit Migrationshintergrund echte Chancengleichheit erfahren und ohne Diskriminierung am gesamt gesellschaftlichen Leben teilhaben. Wir wollen Empowerment-Prozesse stärken. Deshalb müssen die Informationen zum politischen Prozess und zur Arbeit der Landesregierung generell barrierefrei zur Verfügung stehen. Dies gilt auch für alle Informationsangebote, die das alltägliche Leben betreffen, wie zum Beispiel der Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung. Viele Menschen die diskriminiert werden, haben Schwierigkeiten Wohnraum und Dienstleistungen die sie benötigen, zu bekommen.



Behördengänge stellen Menschen mit Migrationshintergrund oftmals vor große Schwierigkeiten. Auch der Zugang zu Bildungsangeboten bleibt ihnen oft verwehrt. Diese Bereiche werden vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz nicht erfasst. Deshalb wollen wir Grüne ein Landesantidiskriminierungsgesetz, das die europäische Antirassismusrichtlinie umsetzt und ein Verbandsklagerecht zulässt. Dazu wollen wir eine Antidiskriminierungsstelle einrichten.

#### **4 FREIRÄUME FÜR KINDER UND JUGENDLICHE**

##### **Frage**

Wie möchte Ihre Partei dazu beitragen, dass die Zeiten im Schulalltag den Bedürfnissen der Lernenden angepasst werden?

##### **Antwort**

Wir sind der Meinung, dass sich Schulen am Kind orientieren sollten und nicht umgekehrt. Junge Menschen leben in einer beschleunigten Welt, in der sie immer mehr Herausforderungen bewältigen müssen. Sie haben oft ein sehr getaktetes, strukturiertes Programm und wenig Zeit, über die sie selbstbestimmt verfügen können. Politik und Gesellschaft müssen dafür Sorge tragen, dass junge Menschen wieder Zeit für sich gewinnen, dass sie entschleunigen können. Wir Grüne stehen für Selbstbestimmung, junge Menschen müssen über ihre eigene Zeit verfügen und Raum haben, um sich zu entfalten.

##### **Frage**

Wie steht Ihre Partei dazu, wieder mehr Angebote zu ermöglichen, das Abitur nach neun Jahren abzulegen – etwa durch die vermehrte Gründung von Gesamtschulen?

##### **Antwort**

Seit der Regierungsübernahme hat sich die Zahl der Schulen des längeren gemeinsamen Lernens (Gesamtschulen u.a.) mehr als verdoppelt. Nun wollen wir, dass an allen Gymnasien zukünftig ein Abitur nach acht und neun Jahren abgelegt werden kann. Dafür haben wir das Konzept der individuellen Lernzeit, das bereits an Gymnasien in NRW mit Erfolg praktiziert wird. Dabei wird in den Stufen 7-10 unterschiedlich schnell gelernt. Das richtet sich nach den Schüler\*innen.

**Frage**

Was hält Ihre Partei von der Einführung eines gemeinsamen freien Nachmittags an allen Schulen in Nordrhein-Westfalen?

**Antwort**

Wir wollen keinen landeseinheitlichen Tag, aber beim Ganzttag soll grundsätzlich ein Nachmittag freibleiben. Die Auswahl des Tages sollte sich aber nach örtlichen Gegebenheiten richten.

**Frage**

Wird sich Ihre Partei in der Kultusministerkonferenz dafür einsetzen, dass die Schulferien und die vorlesungsfreie Zeit an den Hochschulen sich ausreichend überschneiden, um ein Engagement von Studierenden in Ferienfreizeiten zu ermöglichen?

**Antwort**

Das Engagement von Studierenden in Ferienfreizeiten ist begrüßenswert. Die Schulferien in NRW haben sich bislang immer mit der vorlesungsfreien Zeit überschritten.

**Frage**

Welche weiteren Ideen hat Ihre Partei, um das Ehrenamt von Auszubildenden, Schüler\_innen und Studierenden zu fördern?

**Antwort**

Wir GRÜNE wollen die neue Anerkennungskultur der außerschulischen Bildung in der Schule stärken. Davon profitieren in erster Linie die Kinder und Jugendlichen, aber auch die Schule und ihre außerschulischen Partner\*innen. Sie müssen auf Augenhöhe zusammenarbeiten, um Nachmittagsunterricht, schulische Ganztagsangebote, außerschulische Angebote und Freizeit der Schüler\*innen in Einklang zu bringen. Schulen sollten das soziale, kulturelle und ökologische ehrenamtliche Engagement junger Menschen würdigen. Dazu wollen wir die Möglichkeiten zur Anerkennung und Freistellung für außerschulische Aktivitäten in Schulen aktiv befördern. Dadurch werden Schüler\*innen frühzeitig ermutigt und bestärkt, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen.

Wir haben sichergestellt, dass die Hochschulen die Möglichkeit haben, ehrenamtliche Arbeit als Leistung im Rahmen des Studiums anzuerkennen und viele Hochschulen machen das auch. Dies kann im Rahmen von Praktika, Praxissemestern oder des Optionalbereichen erfolgen.

## **5 JUNGE GEFLÜCHTETE**

### **Frage**

Wie wird sich Ihre Partei für die Einhaltung der Kinderrechte für geflüchtete Kinder und Jugendliche einsetzen?

### **Antwort**

Unsere Politik soll sich an den drei Säulen der UN-Kinderrechtskonvention ausrichten: Förderung, Vorsorge und Schutz. Für geflüchtete Kinder und Jugendliche, die zum Teil traumatisierende Erfahrungen gemacht haben, gilt das in besonderem Maße. Wir wollen gleiche Chancen, Sicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten für alle Kinder, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, religiöser Zugehörigkeit oder Aufenthaltsstatus. Um sicherzustellen, dass jedes Kind die Förderung bekommt, die es verdient, müssen wir der steigenden Kinderarmut entgegenwirken. Dazu sollen benachteiligte Kinder gestärkt und ihre Startchancen verbessert werden. Bildungsgerechtigkeit zu schaffen ist hier unser wichtigstes Ziel. Im Haushalt 2017 haben wir die Mittel für Brückenprojekte, die einen niedrigschwelligen Einstieg in die Elementarbildung von Kindern ermöglicht auf 33 Millionen Euro erhöht. Sprache ist dabei das wichtigste Instrument zu einer gelungenen Integration und Betreuung der Kinder. Die sprachliche Vielfalt für alle Kinder in Kitas sollte deshalb gestärkt und bi- bzw. multilinguale Konzepte in den Blick genommen werden.

Kinder haben ein Recht auf Schutz und die UN-Kinderrechtskonvention und das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) gelten für alle Kinder. Wir stellen sicher, dass die frühkindliche Betreuung von Beginn an erfolgt, die Jugendarbeit und die Jugendsozialarbeit ausgebaut und gestärkt werden und der Kinderschutz diese Zielgruppe stärker in den Blick nimmt. Bundesweiter Standardabsenkung in der Jugendhilfe treten wir genauso entschieden entgegen wie der Absenkung von Standards und Ausnahmeregelungen für minderjährige Geflüchtete. Den individuellen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung wollen wir weiterhin sicherstellen. Wir setzen auch künftig auf Prävention und werden uns für ein umfassendes Kinderpräventionsgesetz starkmachen. Aus dem Modellprojekt „Kein Kind zurücklassen“ haben

wir viel Wissen geschöpft. Wir wollen Präventionsketten ausbauen und Präventionskonzepte umsetzen und Netzwerkarbeit ausbauen und stärken. Dadurch nehmen wir gerade besonders verwundbare und verletzte Kinder in den Blick. Um die Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention zu gewährleisten, wollen wir ein Monitoring über deren Umsetzung etablieren. Außerdem wollen wir die Kinderrechte ins Grundgesetz schreiben.

### **Frage**

Wie will Ihre Partei die Mittel für (sozial-)pädagogische Angebote für junge Geflüchtete in Zukunft strukturell absichern?

### **Antwort**

Wir haben die Mittel für die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit für eine bessere Inklusion der jungen Geflüchteten in Regelwerke deutlich erhöht. Derzeit stehen dafür über 12 Millionen Euro zur Verfügung. Wir wollen, dass die Regelangebote für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung zugänglich sind. Für eine bessere Integration der neu zugewanderten jungen Menschen werden wir die sozialpädagogische Arbeit in unseren Institutionen stärken.

### **Frage**

Wie engagiert sich Ihre Partei für die Gleichstellung junger Geflüchteter mit einheimischen Kindern und Jugendlichen?

### **Antwort**

Wir wollen alles dafür tun, dass sich geflüchtete Kinder und ihre Familien bei uns willkommen fühlen, unsere Sprache lernen und sich integrieren können und dabei kein Kind zurückgelassen wird. Zu diesem Zweck fordern wir eine sprachensible Unterrichts- und Schulentwicklung, die die Schüler\*innen mit ihren jeweiligen sprachlichen Ressourcen und ihrem täglichen Erleben in den Vordergrund stellt und alle Sprachen der Kinder und Jugendlichen gleichermaßen wertschätzt. Weiterhin stehen wir hinter der UN-Kinderrechtskonvention, die für alle Kinder gilt. Ausnahmeregelungen jedweder Art für geflüchtete Kinder und Jugendliche lehnen wir strikt ab.

### **Frage**

Worin besteht nach Auffassung Ihrer Partei die Aufgabe der Kinder-, Jugend- und Jugendsozialarbeit bei der Integration junger Geflüchteter?

### **Antwort**

Viele minderjährige Geflüchtete, die zu uns kommen, haben schlimme Erfahrungen gemacht. Spezielle Angebote für traumatisierte Menschen in den Landeseinrichtungen sind deshalb besonders wichtig. Für Mädchen mit Fluchterfahrung haben wir den Etat um 400.00 € in diesem Jahr erhöht. Damit soll den Mädchen, die sexualisierte Gewalt erfahren haben, passgenaue pädagogische Angebote bereitgestellt werden. Außerdem sollen Gewaltschutzkonzepte für Landeseinrichtungen entwickelt werden.

Die größte Verantwortung bei der Integration junger Geflüchteter liegt bei den Bildungsinstitutionen, die die interkulturelle Bildung und Erziehung stärken müssen, zum Beispiel durch eine bessere Einbindung des herkunftssprachlichen Unterrichts in die Gesamtkonzepte der Schulen. Notwendig sind außerdem Stärkungen der Aus- und Fortbildungen in interkultureller Bildung und eine durchgängige Mehrsprachenbildung.

## **6 SEXUELLE ORIENTIERUNG**

### **Frage**

Für wie selbstverständlich hält Ihre Partei das Thema der sexuellen und geschlechtlichen Selbstbestimmung?

### **Antwort**

Unser Verständnis von Demokratie umfasst eine pluralistische Gesellschaft, in der alle Menschen gleich viel wert sind und alle Lebensformen und –stile ihren gleichberechtigten Platz haben. Alle Menschen in NRW sind, unabhängig von ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität, Teil der Gesellschaft und genießen gleiche Rechte. Jeder sollte in der Lage sein, sein Leben selbstbestimmt und diskriminierungsfrei zu führen – das ist eine demokratische Selbstverständlichkeit, für die wir uns in allen Bereichen einsetzen.

### **Frage**

Was schlägt Ihre Partei vor, um in der Kinder- und Jugendarbeit gegen Homo-, Trans\*- und Inter\*phobie vorzugehen?

### **Antwort**

Für Jugendliche stellt ein Coming-out oft noch immer eine besondere Belastung dar. Nicht selten machen sie die Erfahrung, sich als „anders als die anderen“ wahrzunehmen, aber auch real Ablehnung und Diskriminierung zu erfahren. Vor allem in der Schule werden LSBTTI\*-Jugendliche häufig gemobbt. Wir wollen Jugendliche bei ihrem Prozess der sexuellen und geschlechtlichen Identitätsfindung unterstützen sowie die LSBTTI\*-Jugendarbeit weiter fördern und stärken.

Daher sollte es in jedem Kreis bzw. in jeder kreisfreien Stadt einen betreuten queeren Jugendtreff oder eine Jugendgruppe geben.

Vor allem in Schulen wollen wir die Aufklärung über unterschiedliche Lebensweisen und Identitäten verstärken. Dazu gehört die weitere Unterstützung des Aufklärungsprojektes „SCHLAA“, der „Schule der Vielfalt - Schule ohne Homo- und Transphobie“, genauso wie eine verstärkte Einbeziehung von LSBTTI\*-Themen in Unterricht und Unterrichtsmaterialien.

### **Frage**

Was meint Ihre Partei zur Einführung einer weiteren Geschlechtskategorie „divers“ in Statistiken? Halten Sie die Erfassung eines dritten Geschlechts bei Erhebungen in der Kinder- und Jugendarbeit für sinnvoll und machbar?

### **Antwort**

Wir sind offen für die Einführung weiterer Geschlechterkategorie, da viele inter\*sexuelle Menschen unter der zwingenden Zweigeschlechtlichkeit leiden. Damit das Recht auf selbstbestimmte Entscheidung auch in der Praxis umgesetzt wird, sind wir gegen Geschlechtsangleichungen nach der Geburt eines Kindes, die den Betroffenen später im Leben oft schwere psychische Probleme bereitet. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit wollen wir zu einer Enttabuisierung und Sensibilisierung beitragen. Das umschließt ebenfalls die Wissenschaft. Aus unserer Sicht spricht nichts dagegen, weitere Kategorien abseits von männlich und weiblich auch als solche zu erfassen und anzuerkennen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Vorbeugung von Diskriminierung trans\*- und inter\*geschlechtlicher Personen und zur Normalisierung des Themas.

## **7 MÄDCHEN UND JUNGENARBEIT**

### **Frage**

Was plant Ihre Partei, um die verbindliche Umsetzung von Mädchen- und Jungenarbeit voranzubringen?

### **Antwort**

Wir fördern eine eigenständige und einmischende Jugendpolitik, die die Interessen von Mädchen und Jungen gleichermaßen im Blick hat. Deshalb wollen wir das Instrument des Gender Budgetings modellhaft in diesem Bereich einsetzen. Das soll auch dafür sorgen, dass der Ansatz des Gender Budgetings insgesamt weiterentwickelt wird

### **Frage**

Welche Schwerpunkte und Perspektiven sieht Ihre Partei in diesem Themenfeld für die nächste Legislatur?

### **Antwort**

Wir wollen geschlechtergeprägte Rollenmuster in Erziehung und Bildung in Kitas und Schulen auflösen, da solche Muster im späteren Leben eine gezielte Weiterentwicklung der Jugendlichen verhindern. Wir wollen eine individuelle Förderung, die Mädchen und Jungen gleichermaßen wertschätzt. Die Ausbildung von Lehrer\*innen und Erzieher\*innen soll konkret für Genderfragen sensibilisiert werden. Schulische Lernmittel sollen auf Ausgewogenheit und Rollenmuster bei der Darstellung von Frauen und Männern überprüft und ggfs. geändert werden.

Um gendergerechte Jugendarbeit fest in der nordrhein-westfälischen Politik zu verankern, werden wir die institutionelle Förderung stärken und Vernetzungsprozesse begleiten. Dazu gehört vor allem die Qualifizierung der Mitarbeiter\*innen der Jugendämter und Gleichstellungsstellen in den Kommunen.

### **Frage**

Was tut Ihre Partei für die Umsetzung der Querschnittsaufgabe Gender und einer geschlechtergerechten Verteilung der Mittel aus dem Kinder- und Jugendförderplan? - Inwieweit haben intersektionale und queere Diskurse Eingang in die jugend- und

geschlechterpolitischen (Wahl-)Programme Ihrer Partei gefunden?

**Antwort**

Wir haben erfolgreich den „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt- gegen Homo- und Transphobie ins Leben gerufen. Durch diesen Aktionsplan ist queere Politik erstmals in Nordrhein-Westfalen zur Querschnittsaufgabe geworden. Mehr als 100 Maßnahmen sind seit der Verabschiedung im Jahr 2012 angelaufen, hervorzuheben sind die rechtliche Gleichstellung von Ehen und eingetragenen Partnerschaften im Landesrecht oder die Förderung der Vernetzungs- und Koordinierungsstellen für das Projekt „SCHLAU – Schwul- Lesbisch-Bi-Trans\*-Aufklärung NRW“. Durch Förderung verschiedener Koordinierungsstellen mit unterschiedlichen Schwerpunkten (Schule, Jugend, alte Menschen, Antigewaltarbeit) wurde nicht nur die queere Selbsthilfe gestärkt, sondern auch die fachliche Grundlage erweitert.

Wir wollen den „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ verstetigen und die damit verbundenen Projekte ebenso wie die herausragende Arbeit von den LSBTTI\*-Verbänden und –Selbsthilfegruppen weiterhin finanziell unterstützen. Zudem gilt es, den Aktionsplan weiter in die Fläche zu tragen, insbesondere den ländlichen Raum verstärkt in den Fokus zu nehmen und zu prüfen, ob die Interessen weiterer Gruppen Berücksichtigung finden müssen.

**Frage**

Wie steht Ihre Partei zur Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendfördergesetzes, um den veränderten Geschlechter- und Beziehungskonzepten von Kindern und Jugendlichen Rechnung zu tragen?

**Antwort**

Wir wollen das Kinder-Jugendfördergesetz evaluieren und daraufhin prüfen ob die veränderten Geschlechter- und Beziehungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen ausreichend berücksichtigt werden.

**Frage**

Was tut Ihre Partei für die Entwicklung einer Kinder- und Jugendpolitik, die komplexe Diskriminierungsverhältnisse, Diversität und Vielfalt als Ressource anerkennt?



### **Antwort**

Den Kinder- und Jugendförderplan wollen wir im Dialog mit den Trägern und den Fachstellen geschlechterbezogen weiterentwickeln. Dazu werden wir den Bereich „Mädchen- und Jungenarbeit/Gender Mainstreaming“ aufstocken. Doch wir wollen auch eine strukturelle und personelle Verankerung von Jungenarbeit über den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe hinaus. In diesem Sinne werden wir unter anderem bei den Landesprogrammen zur Bekämpfung von Kinderarmut die geschlechterbezogene Perspektive verstärken.

## **8. KINDER- UND JUGENDFÖRDERPLAN**

### **Frage**

Welche inhaltlichen Schwerpunkte will Ihre Partei im Kinder- und Jugendförderplan der kommenden Wahlperiode setzen? Wo sieht sie Entwicklungsbedarfe?

### **Antwort**

Wir wollen vor allem Projekte mit in den Förderplan aufnehmen, die zum Zweck haben, Demokratie und Toleranz zu fördern. Schwerpunkte liegen dabei vor allem auf der Inklusion, Projekte für Jugendliche mit Migrationshintergrund, LSBTTI\*- Projekten und Gewaltprävention.

### **Frage**

Wird Ihre Partei die Höhe der bisherigen Landesmittel nach der Wahl bestehen lassen, kürzen oder weiter ausbauen? Wie steht sie zu einer Dynamisierung und Anpassung der Förderung im Verlauf einer Legislaturperiode?

### **Antwort**

Für den Haushalt 2017 haben wir die Mittel um weitere 9 Millionen erhöht. Wir wollen den Kinder- und Jugendförderplan in der nächsten Legislaturperiode um weitere 20 Millionen € aufstocken.

### **Frage**

In welchem zahlenmäßigen Verhältnis sollen nach Meinung Ihrer Partei Struktur- und Projektförderung zueinander stehen?

### **Antwort**

In erster Linie ist es wichtig, dass ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um gute Projekte zu fördern und bereits bewährte Projekte in die Strukturförderung aufzunehmen. Durch Projektmittel haben die Akteure die Möglichkeit, neue Ideen umzusetzen. Wenn die Projekte langfristig und nachhaltig in der Landschaft umgesetzt werden sollen, müssen diese in die Strukturförderung aufgenommen werden.